

Haushaltsplan 2010

„Ohne bildungspolitische und soziale Akzente nicht zustimmungsfähig“

Für die UL wäre der Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2010 zustimmungsfähig gewesen. Aber die Mehrheitskoalition von CDU und GRÜNEN nahm so gravierende Änderungen vor, so dass die neuen Zahlen abgelehnt wurden. Im Folgenden die leicht gekürzte Rede des Fraktionsvorsitzenden der Unabhängigen Liste, Günter Pabst, zum Haushaltsplan 2010 in der Stadtverordnetenversammlung am 10.12.2009.

„Lassen Sie mich mit einer grundsätzlichen Bemerkung beginnen. Die Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss verliefen sehr sachlich und es war auch nicht so, dass die Mehrheitsfraktion alles in Grund und Boden gestimmt hätte. Ich werde noch darauf zurückkommen.

Was mich überraschte und damit sehr nachdenklich machte, war eine Bemerkung der Bürgermeisterin. Frau Augsburg, Sie haben meine Einwände, die Ergänzung der Haushaltssatzung in § 7 noch nicht vorzunehmen, als ein Misstrauen gegenüber dem Magistrat und der Bürgermeisterin kommentiert. Es hörte sich so an, als beginge ich eine Majestätsbeleidigung. Nun leben wir ja nicht mehr unter der Feudalherrschaft und ich denke, dass Sie mit dieser Kommentierung nicht sehen, dass wir unterschiedliche Aufgaben wahrnehmen. Unsere, die Aufgabe der Stadtverordneten, ist, den Magistrat und damit auch die Bürgermeisterin, zu kontrollieren.

Seit ein paar Jahren – mit der Einführung der Doppik und des Produkthaushaltes – ist dies schwieriger geworden und da auch keine Vergleichszahlen aus dem Vorjahr vorliegen, ist es fast unmöglich die jeweiligen Zahlen zu hinterfragen. Ich will dies hier nicht näher vertiefen, dass es so ist, hat ja viele Ursachen, die nicht alle beeinflussbar waren und auch nicht in die Verantwortung der Bürgermeisterin fielen. Im Gegenteil, sie versuchen ja mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern alles ins Lot zu bringen, dies wird auch anerkannt.

*„Unsere, die Aufgabe der Stadtverordneten,
ist, den Magistrat und damit auch die Bürgermeisterin,
zu kontrollieren.*

Ich will nur sagen, eine Änderung der Haushaltssatzung im Hinblick auf den § 114g vorzunehmen und die Entscheidungsgrenze bei außer- und überplanmäßigen Ausgaben von 2.000 auf 5.000 € anzuheben, ist eine Sache, dies aber kurzfristig über die Fortschreibungsliste einzubringen, ist dann doch gravierend. Die notwendige Beratungszeit, um auch alle Konsequenzen zu bedenken, war dadurch nicht gegeben. Darauf wollte ich aufmerksam machen, denn dies gehört zu den legitimen Kontrollaufgaben eines Stadtverordneten.

Dabei stimmen wir im Grundsatz ja dem Magistratsentwurf zum Haushaltsplan zu und dies ist ja auch in den Redebeiträgen und bei den Abstimmungen im Haupt- und Finanzausschuss deutlich geworden. Wir, die UL, halten den Magistratsentwurf für ausgewogen und er setzt die richtigen sozialen und bildungspolitischen Akzente. Hervorheben möchte ich dabei das Jahresarbeitszeitmodell für die Kindergärten und Schulkinderhäuser und das Integrationskonzept.

Zustimmungsfähige Magistratsvorlage

Für die UL wäre dieser Magistratsentwurf also zustimmungsfähig gewesen. Aber CDU/GRÜNE nehmen, wie schon beim Haushaltsplan 2009, an einigen Stellen so gravierende Änderungen am Magistratsentwurf vor, dass von den positiven Akzenten nichts mehr übrig bleibt.

Ich will aber nicht verschweigen, dass die Mehrheitskoalition an einigen kleinen wenigen Punkten unseren Anträgen zugestimmt hat. So zum Beispiel:

- bei der Aufteilung des Städtepartnerschaftsetats;
- dem Förderpreis für Künstler (und ich hoffe, dass er im nächsten Jahr auch tatsächlich verliehen wird);
- die Streetworker-Stelle im Gliederungsbereich 3 (Soziales) anzusiedeln, denn im Ordnungsbereich hat diese Stelle nichts verloren;
- bei der Ergänzung der Ziele für die Arbeit des Jugendbildungswerkes: Förderung des Jugendaustausches im Rahmen der Städtepartnerschaften;
- bei der Weiterförderung des Kinderchores „Pro Musica“ im Rahmen der musischen Früherziehung;
- bei unserer langjährigen Forderung, den Kulturkreisetat um 25.000 € zu erhöhen.

Und, im Gegensatz zum Haushaltsplan 2009, gibt es diesmal keinen Wettstreit um die höchste pauschale Kürzung im Sach- und Dienstleistungsbereich. Der FDP-Vorschlag auf Kürzung um 8% wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt. CDU, Grüne und SPD begnügen sich mit 3%., was ca. 200.000 € verteilt auf alle Produkte bedeutet. Wir halten nichts von dieser Rasenmähermethode. Die pädagogischen Aktivitäten in den Einrichtungen für Kinder und Jugendliche zu kürzen ist kontraproduktiv.

Übereinstimmung gibt es auch bei der Festlegung von einigen Sperrvermerken. Aber dann ist es auch schon vorbei mit der Zustimmung. Ich will die obigen Punkte nicht gering schätzen, aber in den ganz wichtigen Punkten verfolgen Sie eine andere Politik – auch eine andere Politik wie sie vom Magistrat vorgeschlagen wurde. Ich kann mir auch nicht denken, dass die Bürgermeisterin den Haushaltsplanentwurf gegen das Votum der CDU/Grünen-Magistratsmitglieder durchgeboxt hat. Hier wurde dagegen ein gemeinsamer Entwurf vorgelegt, der es verdient hätte, dass den sozialen und bildungspolitischen Leitlinien im Interesse Schwalbachs gefolgt würde.

Frühförderung als Bildungsrecht

Ich will diesmal nicht die Erziehungsfachleute zitieren. Hören wir doch, was die Bundeskanzlerin und ihre Bildungsministerin sagen:

„Bildung ist ein Bürgerrecht“ und „Deutschland wird Bildungsrepublik“, so Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die Bildungsministerin, Frau Annette Schavan skizziert dazu vor dem Deutschen Bundestag vier Leitgedanken:

1. Kein Kind darf verloren gehen.
2. Niemand darf um die Entfaltung seiner Talente gebracht werden.
3. Bildung und Forschung werden als inspirierende Kräfte und Quellen des Wohlstands anerkannt.
4. Bildung und Forschung müssen mehr denn je politische Priorität haben.

Dem ist nichts hinzuzufügen. Nur, wer diese Leitgedanken teilt, der muss dann auch die politischen Konsequenzen ziehen. Es bleibt leider weitgehend bei Sonntagsreden auf Bundes- und Landesebene und die Kommunen werden alleingelassen. Im Haushaltsplanentwurf des Magistrats werden diese Konsequenzen für die Kindergärten und Schulkinderhäuser gezogen. Im Vordergrund steht nicht mehr allein die Versorgung mit einem guten Platzangebot, die Qualität der pädagogischen Arbeit mit Kindern und Eltern steht wieder im Mittelpunkt. Dass gute pädagogische Arbeit nur mit ausreichend gut qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geleistet werden kann, predige ich schon seit Beginn meiner parlamentarischen Tätigkeit. Es gab auch einige Jahre, da wurde dies mit dem so genannten „Schwalbacher Standard“ im Kindertagesstättenbereich auch realisiert.

Jetzt, mit dem „Jahresarbeitszeitmodell“ hätte daran wieder angeknüpft werden können. Die jetzige Kindergeneration kann nicht warten, bis die Finanzierungsfragen zwischen den staatlichen Ebenen von Bund, Land und Kreis geregelt sind. Sie haben ein Recht auf eine Förderung heute. Dies sind Aufgaben, die nicht aufgeschoben werden dürfen und wenn die Landes- und Bundesebene die Gemeinden und Städte nicht ausreichend mit Finanzmittel versorgt, dann müssen die Gemeinden und Städte eben voranschreiten. Der Magistrat hat dies erkannt.

Die Koalition aus CDU/GRÜNE und im Schlepptau auch die FDP verweigert hier aber eine zukunftsbezogene Politik im Interesse der Kinder:

- Sie verweigern die Einführung des Jahresarbeitszeitsmodells mit der notwendigen Anhebung der Personalstellen im Kindergartenbereich;
- Sie lehnen eine Ausweitung der Öffnungszeiten des Jugendzentrums und die sich daraus ergebenden personellen Konsequenzen ab;
- Auch eine minimale Erhöhung der Etats für Leseförderung wird abgelehnt und der Anschaffungsetat für die Bücherei wird drastisch gekürzt, sollten die Landesmittel gekürzt werden. Eine Kompensation durch die Erhöhung der städtischen Mittel um 5.000 € ist nicht vorgesehen.

Ungleiche, ungerechte Vereinsförderung

Kommen wir zu einem unerfreulichen Aspekt der Vereinsförderung. Vielleicht denkt ja der eine oder andere, über die Sache würde schon Gras wachsen. Nein, wir entlassen Sie nicht aus ihrer Verantwortung. Mit der Ablehnung unseres Antrages (der auf das Schreiben der Turngemeinde Schwalbach (TGS) vom 8.8.2008 und von 25.11.2009 zurückgeht), die TGS mit einem weiteren Zuschuss in Höhe von 40.000 € zu unterstützen, dokumentieren Sie eine grobe Ungleichbehandlung und eine nicht gerechtfertigte Bevorzugung eines Vereins, des Tennisvereins.

Noch einmal zur Erinnerung:

Der Tennisverein (533 Mitglieder) hat für seine Investitionen in Höhe von 88.906,55 € einen städtischen Zuschuss in Höhe von 50.000 € erhalten (10% nach den Richtlinien wären 8.890,65 € gewesen). Der Tennisverein hat aber 56% der Investitionssumme erhalten. An Eigenleistung bringt der Tennisverein 33% der Investitionssumme auf. Soweit, so gut – wir befürworten diese städtische Unterstützung.

Die Turngemeinde (1.650 Mitglieder) hat eine Summe von 1.065.000 € investiert. Erhalten hat Sie aber erst nach zwei Anläufen insgesamt 106.500 € an städtischen Zuschüssen. Dies entspricht exakt den Vereinsförderrichtlinien. Das Problem der TGS ist, dass Sie einen Bankkredit von 500.000 € tilgen muss. Ein weiterer Zuschuss in Höhe von 40.000 € würde bedeuten, dass der städtische Anteil 14% betrüge. Die Eigenleistung der TGS aber immer noch bei 66% läge. Warum CDU, Grüne und FDP so eklatant zwei Vereine unterschiedlich behandeln versteht niemand. Es ist und bleibt ungerecht.

Nicht nachvollziehen können wir auch die restriktive Politik bei der Wirtschaftsförderung, den Grundstücksankäufen und die Ablehnung der Umgestaltung des alten Friedhofes. Auch die Beibehaltung des privaten Sicherheitsdienstes, der teurer wird als ursprünglich geplant. Statt 115.000 werden 215.000 € im Haushaltsplan eingestellt. Die UL tritt für eine Verstärkung der Personalstellen für die städtische Ordnungspolizei ein und weiß sich darin einig mit den Verantwortlichen der hiesigen Polizeidienststellen.

Zusammenfassung:

.....Der Entwurf des Magistrates für das Haushaltsjahr 2010 setzt, wie schon im vergangenen Jahr, sinnvolle pädagogische Schwerpunkte, ist in sich ausgewogen und hätte mit einigen kleinen Änderungen und Ergänzungen unser aller Zustimmung verdient.

Die Koalition von CDU/GRÜNEN nehmen aber solch gravierende Streichungen vor, so dass wir diesem Werk in seiner Gesamtheit unsere Zustimmung verweigern müssen. Auch die FDP wird dem Haushalt nicht zustimmen. Allerdings unterscheidet sich unser Nein in der Begründung diametral von dem Nein der FDP.

Ich bedanke mich, im Namen der UL, bei den Kolleginnen und Kollegen im Haupt- und Finanzausschuss für die faire Diskussion, beim Magistrat und bei der Bürgermeisterin und den Mitarbeitern in der Verwaltung für die gewiss nicht einfache Arbeit am Haushaltsplan. Sie können sicher sein, dass wir sie insbesondere im sozialen und kulturellen Bereich weiter unterstützen. Aber sie müssen auch mit den kritischen Nachfragen rechnen, wenn wir dies für angebracht halten. Dies ist kein generelles Misstrauen, sondern notwendige Kontrolle und Aufgabenerfüllung.“

Sportpark, Bürgerentscheid, Flächennutzungsplan, Schwimmbad

SPD, CDU, Grüne haben den Beschluss gefasst, dass die für den Sportpark Arboretum vorgesehene Fläche auf Schwalbacher Gemarkung wieder als Waldfläche, Grünland, Ackerfläche und als regionaler Grünzug im Regionalen-Flächennutzungsplan Rhein-Main ausgewiesen wird. Im Folgenden dazu die leicht gekürzte Rede von Günter Pabst.

„Der Acker im Süden der Schwalbacher Gemarkung bleibt Acker, dies ist das Ergebnis des Bürgerentscheids. Daran kann erst einmal niemand etwas ändern.

Es gibt daher keinen eiligen Grund, heute den Änderungsbeschluss zu fassen. Der Hinweis auf den Regionalen Flächennutzungsplan taugt nicht – auch ohne Änderung bliebe es beim Status quo.

Der Beschluss schließt aber endgültig die Tür, mit dem Nachbar Eschborn zu einer für alle verträglichen Lösung zu kommen. Der winzige Spalt, der bestanden hätte, wird ohne Not verriegelt. Wir wissen auch nicht, ob die Idee eines gemeinsam betriebenen Hallenbades, eines verkleinerten Sportparks und einer Erweiterung des Arboretums zum Erfolg führt. Aber es bestünde zumindest eine kleine Chance, das politische Versprechen, das alle Fraktionen hier abgegeben haben, ein Hallenbad zu realisieren, nicht zu brechen. Eine kleine Chance, die SPD, CDU und Grüne vertun.

Hier wird Verrat an der anderen Hälfte der Schwalbacher Bürgerinnen und Bürger begangen. Das den Kindern, den Jugendlichen, den älteren und nicht mobilen Menschen, den Vereinen und Schulen gegebene Versprechen auf ein Hallenbad wird gebrochen. Verantwortlich dafür sind:

Die Bürgermeisterin: Sie hat Führungskraft vermissen lassen; Warum wurden nach dem Bürgerentscheid nicht alle Betroffenen an einen Tisch geholt, um nach einer Lösung zu suchen, die die sozialen, sportlichen und ökologischen Interessen vereinbart.

Die SPD: Sie profiliert sich auf Kosten der sozialen Balance.

Die CDU: Sie verliert den Mut und aus Angst, Wähler an die SPD zu verlieren, nimmt sie das Steuer nicht in die Hand.

Die Grünen: Sie fallen zurück in einen engstirnigen, nicht über den Ortsrand schauenden, Lokalpatriotismus. Der Satz von Frau Blaschek: „Es sei den Schwalbacher Bürgern nicht zu vermitteln, warum sich die Stadt an einem Bad beteiligen sollte, das vor allem von Eschborn genützt würde“ ist dumm und ignoriert auf fatale Weise die Schwalbacher Situation.

Bleiben FDP und UL, die diesen Beschluss ablehnen: FDP und UL haben nicht nur Recht behalten, was die Kosten für die Sanierung des Hallenbades anbelangt, sie sind auch die Einzigen, die die kleine Chance noch nutzen wollen.

Glauben Sie mir, es ist kein schönes Gefühl, Recht behalten zu haben. Die jetzige Entscheidung ist auf lange, lange Sicht das Aus für ein Hallenbad.

Dies zur Kenntnis nehmen zu müssen, ist für mich der traurigste Moment in meiner fast 25jährigen Zeit als Schwalbacher Kommunalpolitiker. Es ist die bitterste Niederlage, die es zu verarbeiten gilt.

Nun wäre die UL nicht die UL, wenn wir nicht doch noch eine andere Tür zu einem Hallenbad entdeckt hätten, die es zu prüfen gilt. Die Stadt verfügt über bisher nicht genutzte Flächen (Frankenstr./das Schwimmbadgelände mit seinen angrenzenden Parkplätzen und angrenzendes Gelände bei den Sportplätzen „Hinter der Röth“). Hier gilt es ein Konzept zu entwickeln, dass für einen Investor so attraktiv ist, dass auch ein Hallenbad integriert werden kann. Eine winzige Chance, die nicht von heute auf morgen realisiert werden kann, aber die ergriffen werden muss. Die Debatte dazu wird also weitergehen. **Politik ist das Bohren dicker Bretter.** Wir sind enttäuscht über den heutigen Beschluss, es ist eine bittere Niederlage, aber wir legen den politischen Bohrer damit nicht aus der Hand.“